

## **Sondervotum zu Kapitel 3**

### **Minderheitsvotum des Kommissionsmitglieds der Fraktion der PDS einschließlich des von ihr benannten Sachverständigen Prof. Dr. Jürgen Rochlitz**

Die PDS-Fraktion hat in ihrem Sondervotum zum Kapitel 2 dieses Berichts bereits die dominanten Problemlagen aufgeführt, mit denen sich eine Energiepolitik der Nachhaltigkeit konfrontiert sieht. Die dort genannten Problembereiche sind gewichtigere Einflußfaktoren als die demographische Entwicklung, die von der Mehrheit aus Regierungskoalition und CDU-FDP-Opposition in ihrem Kapitel 3 als „wesentlich“ bezeichnet wird.<sup>1</sup>

Leider wurden von dieser Mehrheit alle anderen Einflussfaktoren außer der demographischen und der ökonomischen Entwicklung entweder gänzlich außer acht gelassen oder lediglich am Rande erwähnt.

Was die demographische Entwicklung anbelangt, die ja vor allem das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern meint - weniger das Altern der Industriegesellschaften, so muss darauf verwiesen werden, dass die Energieverbräuche Pro-Kopf in den demographisch schnell wachsenden Gesellschaften weit hinter denjenigen in den industriell geprägten, demographisch eher stagnierenden Gesellschaften rangieren. Dies relativiert die Bedeutung der demographischen Entwicklung in Bezug auf Ziele nachhaltiger Entwicklung und lässt andere Erscheinungen und Einflussfaktoren wirkmächtiger werden.

---

<sup>1</sup> Sondervotum der PDS zu Kapitel 4.3 des ersten Berichts der Kommission

## **Verschuldung der öffentlichen Haushalte**

Die steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und der steigende, aber ungleich verteilte Reichtum in privater Hand, sind das Ergebnis einer verfehlten Finanzpolitik der letzten Jahre, die durch Privatisierungen und Steuersenkungen auf Kapitaleinkommen geprägt war. Nach der herrschenden neoliberalen Theorie sollten durch die Steuersenkungen die finanziellen Eigenmittel der Unternehmen erhöht werden, um Investitionen und neue Arbeitsplätze zu ermöglichen. Doch warum sollten die Kapitalgesellschaften die zusätzlichen finanziellen Mittel für eine Aufstockung der Produktionskapazitäten nutzen und damit Arbeitsplätze schaffen, wenn das bestehende Warenangebot aufgrund stagnierender bzw. sinkender Massenkaufkraft noch nicht einmal abgesetzt werden konnte? Schließlich haben die Unternehmen in einer solchen Marktsituation die Möglichkeit, die zusätzlichen finanziellen Mittel für eine Reduzierung ihrer Fremdverschuldung, eigene Geldanlagen, Rationalisierungsinvestitionen oder Unternehmensbeteiligungen zu verwenden. Für eine dieser weiteren Möglichkeiten haben sich die Kapitalgesellschaften entschieden, denn zu einem spürbaren Stellenaufbau ist es bei ihnen nicht gekommen, im Gegenteil, die meisten Konzerne bauten Arbeitsplätze ab.

Für die öffentlichen Haushalte bedeutet der ständige Abbau der Beschäftigung in Kombination mit immer niedrigeren Steuersätzen einen deutlichen Rückgang der Einnahmen, damit ein Anwachsen der Haushaltsdefizite. Die neoliberale Politik reagiert darauf einerseits mit Ausgabenkürzungen vornehmlich bei der Bildung, dem Sozialetat und der Kultur, und andererseits mit dem Verkauf öffentlicher Unternehmen. Doch die Privatisierungen bringen nur eine kurzfristige Entlastung, und die Ausgabenkürzungen reduzieren zusätzlich die Binnennachfrage und damit wiederum die zukünftigen Steuereinnahmen. Ein sich selbst generierender Prozess des Abstiegs entsteht.

Eine nachhaltige Finanzpolitik im Sinne einer langfristig stabilen Verschuldungsquote ist so nicht zu erreichen. Außerdem driftet die Gesellschaft durch diese Politik immer weiter auseinander, denn die Kürzung der öffentlichen Leistungen beeinträchtigt insbesondere die Lebensqualität derjenigen, die auf Grund ihres geringen Einkommens auf ein funktionsfähiges Angebot an staatlicher Leistungen angewiesen sind. Dem Staat entgleitet durch die Erosion der Steuereinnahmen immer mehr die Fähigkeit, seine gesamtgesellschaftliche Verantwortung in der Bildung, im ökologischen, sozialen und kulturellem Bereich wahrnehmen zu können.

Die Folge derartiger Politik ist nicht nur in Deutschland z.B. ein Sozialwesen, das mit der Bewältigung der dauerhaften Massenarbeitslosigkeit völlig überfordert ist, ein Gesundheitswesen, das krank und morbid ist durch die Übergewichte der Pharmaindustrie, der Lobby der Medizin-Großgeräte und Kliniken, ein Bildungswesen, das weder seinen eigentlichen Aufgaben gerecht werden kann, noch - was die Universitäten anbelangt - in die Lage versetzt wird, sich unabhängig vom Tropf der Wirtschaft zu entwickeln.

### **Weltweite Massenarbeitslosigkeit**

Das International Labour Office (ILO) hält die globale Beschäftigungssituation für problematisch. Die ILO schätzt, dass die Unterbeschäftigung am Ende des Jahres 2000 weltweit auf 160 Millionen gestiegen ist. Das sind noch einmal 20 Millionen mehr als zum Höhepunkt der Asienkrise 1998. Niedrig qualifizierte, niedrig bezahlte, unsichere und ungesunde Arbeitsplätze haben sich weiter verbreitet.<sup>1</sup>

Die neoliberalen Politikvertreter sind der Meinung, dass die Ursache der Massenarbeitslosigkeit auf sogenannte Strukturprobleme des Arbeitsmarktes zurückzuführen ist. Sie fordern deshalb u.a.: einen höheren Abstand zwischen Lohnersatz- und Sozialleistungen zu den unteren Tarifgruppen, Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, Schaffung eines Niedriglohnsektors, Aushebelung des Flächentarifvertrags und des Kündigungsschutzes.

Wir zitieren dazu die »Dresdener Erklärung 2002« des »Runden Tisches der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen«:<sup>2</sup>

„In Deutschland orientiert sich die Politik jetzt auch - wie zuerst in Großbritannien und USA - ganz an der Linie der Unternehmerforderungen. „Die deutsche Sozialhilfe verhindert die Schaffung neuer Jobs“ lautet seit langem ein Kernspruch der Arbeitgeberverbände. Sie führen einen Globalangriff auf Erwerbslose, Sozialhilfebezieher und abhängig Beschäftigte: Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Senkung des Regelsatzes der Sozialhilfe und Aushebelung des Bedarfsdeckungsprinzips, Schaffung eines Niedriglohnsektors, in dem die unteren Löhne und Gehälter entsprechend EU-Vorgaben um

---

<sup>1</sup> ILO (2001), Life at work in the information economy. Genua: World Employment Report. OECD (1999), Statistical Compendium: Economic Outlook. Paris

<sup>2</sup> Runder Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen, Dresdener Erklärung, 2002

30% gesenkt werden, Aushebelung des Flächentarifs, Befristung der Beschäftigungsverhältnisse, Aushebelung des Kündigungsschutzes, Privatisierung der Alters- und Gesundheitsversorgung, Privatisierung der Arbeitsvermittlung. Alle diese Elemente bilden einen globalen Zusammenhang: dahinter steht ein einziges Ziel: eine hohe Kapitalrendite bei „amerikanischen Arbeitsbedingungen.““

Die immer wieder zu hörende Behauptung, mit Wirtschaftswachstum könnten in großem Umfang Arbeitsplätze geschaffen werden, ist längst widerlegt durch die Phasen höheren Wachstums, in denen regelmäßig kaum eine Veränderung zu beobachten ist. Konkrete Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in großem Umfang werden nicht eingeleitet, obwohl dies z.B. auf der Basis der grundgesetzlich geforderten Sozialpflichtigkeit des Eigentums oder auf der Basis des Rechts auf Arbeit, das als Menschenrecht deklarierte wurde, möglich wäre.<sup>1</sup>

Stattdessen wird den Arbeitslosen selbst die Schuld an ihrem Schicksal in die Schuhe geschoben. Unterstützt von populistischen Stammtischparolen wie „Druck auf Drückeberger“ usw., wird eine nicht nur unsoziale sondern asoziale Politik betrieben, die sich mit Kürzungen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe schmückt - während der Öffentlichkeit weis gemacht wird, dass die „Arbeitslosen“ sich nur bemühen müssten, dann bekämen sie ihre Arbeitsplätze. Zusätzlich wird die Öffentlichkeit in Deutschland mit dem „Skandal“ von geschönten Arbeitslosen-Vermittlungsstatistiken traktiert, um vom viel größeren Skandal andauernder millionenfacher Arbeitslosigkeit abzulenken.

Die Behauptung, dass die Massenarbeitslosigkeit auf eine zu geringe Motivation zur Arbeitsaufnahme zurückzuführen ist, wird allein schon dadurch widerlegt, daß eine ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen (Arbeitsnachfrage) nicht annähernd vorhanden ist. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft ist stattdessen von den zukünftigen Absatzerwartungen der Unternehmen abhängig; diese werden jedoch durch die geforderte und betriebene Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht verbessert. Das Ergebnis der neoliberalen Politik ist deshalb eine weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Anzahl von Menschen, die trotz Arbeit im einfachen Dienstleistungssektor in Armut leben. Dies ist insbesondere in den angelsächsischen Ländern der Fall, welche diese neoliberale Politik am deutlichsten betrieben haben. Eine Reduzierung der Arbeitskosten kann höchstens

---

<sup>1</sup> siehe Kapitel 2 dieses Berichts, Sondervotum der PDS-Fraktion

die vorhandene Arbeitsnachfrage durch einen steigenden Exportüberschuss international umverteilen, aber damit keine Lösung für die weltweite Massenarbeitslosigkeit darstellen.

Während immer weniger Arbeit nötig ist, um die nachgefragten Waren herzustellen, bleibt anderswo die Arbeit ungetan und damit viele Bedürfnisse unbefriedigt. Dies betrifft Aufgaben im ökologischen, sozialen oder kulturellen Bereich, die seit Jahren brach liegen oder unbezahlt verrichtet werden, weil es an Geld fehlt. Um dies zu finanzieren, wäre ein Umdenken in der bisherigen Haushaltspolitik notwendig: eine Erhöhung der öffentlichen Einnahmen durch eine stärkere Besteuerung höherer Einkommen und Vermögen. Die skandinavischen Länder haben gezeigt, dass ein solcher Weg im Prinzip auch in einer globalisierten Welt möglich ist. Sie erhöhten erfolgreich die Beschäftigung im öffentlichen Dienstleistungssektor, um damit universelle (d.h. nicht vom Einkommen abhängige) soziale Leistungen zur Verfügung zu stellen. Dänemark hat z.B. nach einer OECD Studie von 1999 mit 23% eine mehr als doppelt so hohe Beschäftigungsquote im öffentlichen Sektor als die Bundesrepublik Deutschland mit 9%. Dies hat sich auf die Arbeitslosenquote ausgewirkt, die in Dänemark im Februar 2002 nur halb so groß war wie in Deutschland.<sup>1</sup> Die nötigen Haushaltsmittel sind in Dänemark nicht durch höhere Schulden bereitgestellt worden, sondern durch Steuereinnahmen, und deshalb ist eine solche Politik mit einer nachhaltigen Finanzpolitik vereinbar. Der Anteil der Einkommens- und Körperschaftssteuer am Bruttoinlandprodukt beträgt nach Angaben der o.g. OECD Studie in Dänemark 31,4% gegenüber nur 10,5% in Deutschland.

Eine Steigerung der Beschäftigung durch ein stärkeres öffentliches Engagement erhöht die Binnennachfrage und könnte durch seinen zweckgebundenen Einsatz im ökologischen und sozialen Bereich mit einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang gebracht werden. Reicht eine solche Politik nicht aus um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, dann muss die zur Verfügung stehende bezahlte Arbeit gerechter innerhalb der Gesellschaft durch Arbeitszeitverkürzungen verteilt werden.

---

<sup>1</sup> Eurostat (2001), Arbeitslosenquote in der Eurozone unverändert bei 8,4%. Luxemburg: Pressemitteilung Nr. 40

Scharpf, Fritz W. (2001), Auswirkungen unterschiedlicher Finanzierungsstrukturen von Sozialstaaten auf die Beschäftigung im europäischen Vergleich. Gutachten für die Enquete Kommission Globalisierung. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Nur mit einer solchen, die Menschen- und Grundrechte beachtende Politik wird der Ausbreitung der Armut in vielen Industrieländern und der Spaltung der Gesellschaften in Arm und Reich entgegen gearbeitet werden können.

### **Weltweit verfehlt Verkehrspolitik**

Weltweit verfehlt ist auch die Verkehrspolitik. Mit ganz wenigen Ausnahmen ist es nirgendwo gelungen, sie in die richtigen Bahnen im wahrsten Sinne des Wortes zu leiten. Den maßlosen Mobilitätswängen und -bedürfnissen werden weltweit keine Grenzen gesetzt. Der motorisierte Individualverkehr wird dagegen mit allen politischen und ökonomischen Mitteln begünstigt. Seine Folgen Verlärmung, Verschmutzung, Zerstörung von Landschaft und Natur sowie andauernder Flächenfraß, tausende Tote und Verletzte sowie die sektoral stärksten Effekte bei Treibhausgasemissionen und der daraus folgende Klimawandel werden von der Allgemeinheit und zukünftigen Generationen getragen. Die sogenannten »externen Kosten« dieser Folgen betragen allein in der EU einige hundert Mrd. Euro jährlich; sie werden sozialisiert, während die Gewinne privatisiert werden. Der Automobilsektor und die mit ihm verbundenen Bereiche Öl, Ölverarbeitung, Fahrzeug- und Flugzeugbau sowie Rüstungsindustrie nehmen eine dominante Stellung in den führenden kapitalistischen Ländern ein.<sup>1</sup> Dies führt zur Dominanz einer am Ausbau des motorisierten Individualverkehrs orientierten Verkehrspolitik. Versuche, von diesen autozentrierten Gesellschaften wegzukommen, werden von interessierten Lobbies mit ihren Auto-Kanzlern und Öl/Benzin-Präsidenten torpediert.

So wachsen die Kfz-Zahlen und die Autobahn-Kilometer auf der einen Seite, und es schrumpfen die Schienennetze auf der anderen Seite. Zwischen 1990 und 1999 wuchsen allein die Autobahnen in den 15 Ländern der EU um 10.000 Kilometer auf eine Gesamtlänge von 49.200 Kilometern; gleichzeitig schrumpfte das Eisenbahnnetz der EU von 160.000 auf 153.600 Kilometer, in Deutschland mit einem Minus von 2.900 km am stärksten. In Großbritannien und anderen Ländern werden die privatisierten Staatsbahnen heruntergewirtschaftet. In Deutschland wird ihre Infrastruktur zerschlagen. So sank die Zahl der Lokomotiven von 8.060 im Jahr 1991 auf 5.774 im Jahr 2000 und von den 5.835 Bahnhöfen gab es im Jahr 1999 nur noch 5441.

---

<sup>1</sup> Wolf, Winfried (2000): Fusionsfieber. Oder: Das große Fressen. Köln: PappyRossa Verlag

Diese Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums erfolgt allein im Interesse mächtiger Konzerne, die so die Potenziale des öffentlichen Verkehrs, vor allem auf der Schiene, zerstören. Der Klimawandel ist ein wichtiger Grund, warum dieser Entwicklung gesellschaftlicher Widerstand entgegengesetzt werden muss, denn durch die Stärkung des Umweltverbundes (nichtmotorisierter und öffentlicher Verkehr, Bahn) lassen sich erheblich bedeutendere Treibhausgasreduktionen erreichen als mit jeder Effizienzsteigerung des Individualverkehrs.

Auch die weltweite Luftverkehrspolitik wird von den Interessen der Konzerne und des militärisch-industriellen Komplexes dominiert, die mit Subventionen und Steuererleichterungen staatlich unterstützt werden. Der maßlose Ausbau von Flughäfen und deren Neuanlage - meist auf Kosten der Tages- und Nachtruhe der Anwohner - und die angestrebten Steigerungsraten bei Personen- und Frachtkilometern sind klimapolitisch betrachtet nahezu kriminell.

Ein besonders absurdes Beispiel solcher Ausbauten lieferte die Stadt Hamburg. Dort wurde das in Deutschland einmalige und unter EU-Naturschutzrecht stehende Süßwasserwatt im sogenannten Mühlenberger Loch für die Erweiterung des Airbuswerks geopfert. Geopfert wurden jedoch auch rechtsstaatliche Prinzipien im Planfeststellungsverfahren, geopfert wird wahrscheinlich auch jegliche Rechtssicherheit. Um einem vom Bundesverwaltungsgericht zu erwarteten Baustopp gegen das Projekt vorzubeugen, soll die Hamburger Bürgerschaft beschließen, dass die Erweiterung des Flugzeugwerks dem Wohl der Allgemeinheit dient und damit im öffentlichen Interesse liegt. So kann ein demokratisch gewähltes Parlament zum Appendix eines Großkonzerns (European Aeronautic Defence and Space Company - Anteilseigner Daimler Chrysler) werden.

Zu den Absurditäten des Flugverkehrs gehört, dass im Gegensatz zu den übrigen Treibstoffen, der Flugtreibstoff nirgendwo auf der Welt besteuert wird. Erste Initiativen zur Kerosinbesteuerung in Deutschland und auf EU-Ebene sind bisher gescheitert. In einem Sondergutachten hat der Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) diese Forderung wieder aufgenommen. Als „Entgelte für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter“ – so der Titel seines Sondergutachtens<sup>1</sup> – sollen Abgaben auf den internationalen Flug- und Schiffverkehr erhoben werden. Der Beirat weist darauf hin, dass der internationale Flugverkehr diejenige Quelle von Treibhausgasen ist, die am schnellsten

---

<sup>1</sup> Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen, Sondergutachten 2002

wächst, paradoxerweise aber nicht unter die Reduktionsverpflichtungen des Kyoto-Klimaschutzprotokolls fällt. Die Versuche im Kyoto-Prozess, die Treibhausgase aus dem Flugverkehr den Verursachern zuzurechnen, sind immer wieder gescheitert.

Wahrscheinlich werden die Menschen auch dann nicht aufwachen, wenn ihre Himmelsregionen bei strahlendem Sonnenschein immer öfter, immer ausgedehnter und immer intensiver von Kondensstreifen der Jets durchzogen werden - mit der Folge, dass der Himmel immer dunstig-grauer wird. Dieser stete Himmelsdunst in den meist beflogenen Regionen der Erde läßt zwar - wie Treibhausgase - das Sonnenlicht durch, nicht jedoch die von der Erdoberfläche reflektierte Wärmestrahlung, und verstärkt damit den Treibhauseffekt durch den Flugverkehr.

### **Geopolitik = Militärpolitik**

Seit dem 11. September und dem Krieg in Afghanistan ist Geopolitik schlagartig Militärpolitik geworden. Die USA konnten ihre ökonomisch schon führende Rolle - sie hatten in der längsten Boom-Periode seit dem zweiten Weltkrieg immerhin die stärksten ökonomischen Konkurrenten Japan und Deutschland deutlich auf die nächsten Plätze verwiesen - durch eine noch stärkere Führung auf militärischem Gebiet unterstreichen.<sup>1</sup> So konnten sich die USA 2001 Rüstungsausgaben in Höhe von 309 Mrd. Dollar erlauben, soviel wie die 12 danach bei den Rüstungsausgaben rangierenden Staaten zusammengenommen, darunter die übrigen G-7-Staaten mit China bis Iran.<sup>2</sup>

Mit ihren neuen - in den letzten Kriegen hinzugewonnenen - Stützpunkten von Kosovo über die arabische Halbinsel bis nach Mittelasien und den Philippinen, sowie ihren militärischen Aufklärungs- und Transportaktivitäten verfügen die USA über das nötige Potential, die wichtigsten fossilen Energieressourcen zu kontrollieren. Schon vor dem Afghanistan-Krieg waren texanische Ölkonzerne höchst interessiert an einer Pipeline von Mittelasien durch Afghanistan zum Indischen Ozean, die sie mit Hilfe des Taliban-Regimes realisieren wollten. Damit sollte der Zugriff auf die kaukasisch-kaspisch-mittelasiatischen Ölfelder unabhängig von Rußland und Iran gesichert werden - und damit „vitale Interessen der USA“, wie der

---

<sup>1</sup> Winfried Wolf (2002): Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung.

<sup>2</sup> Intern. Inst. for Strategic Studies, GREENPEACE MAGAZIN 3/02



ehemalige Verteidigungsminister Caspar Weinberger sie bezeichnet hat. Zu den „vitalen Interessen“ gehören aber nicht nur die Energie-Rohstoffe Mittelasiens, dazu gehören auch die Kontrolle Chinas an seinen Westgrenzen und Russlands an seiner Südostflanke.

Alle zugänglichen Informationen lassen darauf schließen, dass die USA ihre hegemoniale Stellung und ihre „vitalen“ Interessen mit militärischen Mitteln und mit Unterstützung anderer Führungsmächte absichern werden. Dabei wird sogar der Beginn eines Atomkriegs nicht mehr ausgeschlossen.

Der als Krieg gegen den Terrorismus legitimierte Krieg in Afghanistan muss im Zusammenhang mit dem Ausstieg der USA aus vielen internationalen Prozessen analysiert werden.- Der american way of life soll, ohne Rücksicht auf die Verelendung vieler Menschen und die globale Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt, gesichert werden. Auf diesem ihrem Weg zur globalen ökonomischen, militärischen und letztlich auch kulturellen Hegemonie stellt die Politik der USA und ihrer Verbündeten, zusammen mit der Geschäftspolitik der von ganz ähnlichen Interessen geleiteten großen multinationalen Konzernen aus diesen Ländern, die größte Gefährdung für jeden Ansatz einer nachhaltigen Entwicklung dar, für jeden Versuch globalen Klimaschutzes und Ressourcenschutzes zu Gunsten nachfolgender Generationen.

Rund 150 US-Wissenschaftler haben in ihrem Appell an die „Freunde in Europa“ die Politik der amtierenden US-Administration kritisiert.<sup>1</sup> Aus ihrem Brief seien folgende Zeilen zitiert:

„...Dieser »Krieg gegen den Terrorismus« kennt keine klare Grenzen, weder räumlich, noch zeitlich, noch, was das Ausmaß an Zerstörung betrifft. ...Die absehbare materielle Zerstörung geht ins Unermeßliche. Dasselbe gilt für die menschlichen Verluste, nicht nur an Leben, sondern auch im Hinblick auf die Verzweiflung und den Hass von Millionen die hilflos zusehen müssen, wie ihre Welt von den Vereinigten Staaten verwüstet wird, einem Land, das seine moralische Autorität für ebenso absolut und unanfechtbar hält wie seine militärische Macht. ...

...Viele informierte Menschen innerhalb wie außerhalb der europäischen Regierungen sind sich des gefährlichen Irrsinns der von der Bush-Administration eingeschlagenen Kriegspolitik bewußt. Aber nur wenige haben den Mut, dies auch ehrlich auszusprechen. Sie lassen sich von den möglichen Vergeltungsmaßnahmen gegen »Freunde« und »Verbündete« einschüchtern, die ihre bedingungslose Unterstützung aufkündigen. Außerdem haben sie

---

<sup>1</sup> Frankfurter Rundschau vom 11.4.02

Angst davor, als »antiamerikanisch« zu gelten - Letzteres eine Bezeichnung, mit der absurderweise auch US-Amerikaner gebrandmarkt werden, die die Kriegspolitik kritisieren und deren Protest durch die chauvinistische Hetze unterdrückt wird, die einen Großteil der US-Medien beherrscht.“

Hierzu muss man wissen, dass derzeit mehr als zweitausend Menschen in den USA - ohne richterliche Entscheidungen - allein aus Verdachtsgründen, terroristisch tätig zu sein oder es sein zu wollen, inhaftiert worden sind. Ihr Schicksal blieb bisher ungeklärt. Die „New York Times“ sieht in der Ausweitung der Macht des Weißen Hauses in Kriegszeiten die größte Gefahr für die Verfassung. Der „endlose Krieg“ mache es möglich, dass Bush seine Popularität politisch mißbrauche und dass die Geheimhaltungspolitik der Regierung die Grundrechte aushöhle. Die Zeitung zitierte dazu den berüchtigten Satz von Justizminister Ashcroft: „Wer friedliebenden Menschen Angst einjagt mit dem Schreckgespenst angeblich verlorener bürgerlicher Freiheiten, der hilft nur den Terroristen.“

Auch die Haftbedingungen der Kriegsgefangenen auf dem Stützpunkt Guantanamo, tausende Kilometer von ihren Heimatländern entfernt, widerspricht allen internationalen Standards und Übereinkommen (Genfer Konvention), widerspricht jeglichen Menschenrechten.

Die amerikanische Präsidentschaft hat den Vertrag zum Verbot der Herstellung von Anti-Personenminen und des Handels mit ihnen abgelehnt, das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet, den Kontrollvertrag über Flugkörper mit atomaren Sprengköpfen (ABM) widerrufen; sie verweigert sich bei der Kontrolle biologischer Waffen, bei der Kontrolle von ziemlich kriminellen offshore-Märkten; sie beteiligt sich nicht am Projekt des internationalen Strafgerichtshofs. Statt abzurüsten, wird hochgerüstet.

Diese Abkehr von Demokratie, von der Anerkennung des Völkerrechts und damit von internationaler Berechenbarkeit und die Hinwendung zu Chauvinismus und dröhnendem Patriotismus ist beängstigend und trägt Züge eines beginnenden neuen Faschismus. Es ist Zeit, diese krieglerische und völkerrechtswidrige Politik zu beenden, ihre Vertreter müssen an die Kette universaler Werte gelegt werden. Rechtsfreie Räume und globaler Egoismus bei den Starken sind Sicherheitsrisiken, die sich eine hochtechnisierte Welt nicht leisten kann. Die zivile und zivilisierte Welt muss alles daran setzen, dass die „paranoide Stimmung, die Primitivierung des Denkens“,<sup>1</sup> die zu den gegenwärtigen Kriegen geführt hat, beendet wird.

---

<sup>1</sup> Horst-Eberhard Richter, HNA-Interview 14.4.02, Hess. Nieders. Allgemeine

Andernfalls wird sich die Spirale von terroristischer und kriegerischer Gewalt weltweit weiterdrehen.

Man muss auch berücksichtigen, dass die derzeit auf Hochtouren laufende globale Konkurrenz-Ökonomie mit ihren Siegern und Verlierern die materiellen und geistigen Grundlagen liefert für die Fortsetzung des ökonomischen Kampfes mit Hilfe kriegerischer Auseinandersetzungen. Ganz uninteressiert daran sind auch die EU und Japan nicht, die mit ihren ökonomischen Vorstellungen meist im selben Boot mit der USA sitzen (Politik der Triade aus USA, EU und Japan) Insofern verfällt einer Illusion, wer glaubt, dass die mit wirtschaftlicher, politischer und ökologischer Globalisierung einhergehenden Verflechtungen und Abhängigkeiten eine friedliche und stabile Entwicklung im globalen Maßstab - gar erheblich, wie die Mehrheit der Kommission meint - fördern könnten.

Jedenfalls läßt sich konstatieren: so unsicher war die Lage um die größten Lagerstätten fossiler Energieträger auf der arabischen Halbinsel und in der Golfregion noch nie. Der größte Faktor für diese Unsicherheit sind dabei die Vereinigten Staaten von Amerika. Und so weit entfernt von nachhaltiger Entwicklung war die Weltlage seit Rio 1992 noch nie.

### **Globale Geldvernichtung statt Entwicklungshilfe**

Eine weitere Folge des „Kriegs gegen den Terrorismus“ und der Aufrüstung gegen „neue Bedrohungen“ oder gegen „die Achse des Bösen“ ist das endgültige Ausbleiben jeglicher Friedensdividende, die sich die Welt vom Ende der Blockkonfrontation erhofft hatte. Damit hat sich der militärisch-industrielle Komplex durchsetzen können: der ganze Wahnsinn von Auf- und Hochrüstung wiederholt sich wie zu Zeiten des zweiten Weltkriegs und des kalten Kriegs. Als wenn es keine anderen Aufgaben gäbe, die finanzträchtig sind, als wenn die Staaten noch eine zusätzliche unerschöpfliche Geldquelle besäßen, werden die Dollars und Euros in Waffen, Militär und Kriege gesteckt. Erst werden Länder mit Milliardenaufwand in Schutt und Asche gebombt, dann soll mit erneutem Milliardenaufwand eine „Zivilgesellschaft“ geschaffen werden. Dieser Wahnsinn der Menschen-Vernichtung, der Natur-, Kultur-, und Geldvernichtung nützt letztlich einigen global aktiven Konzernen, die sowohl vom Krieg wie vom Wiederaufbau profitieren.

Damit ist der „Krieg gegen den Terrorismus“ Bestandteil einer neuen Form der Globalisierung. Die mächtigen und reichen Staaten der Erde wollen auf Terrorismus und vor

---

allem auf die wachsenden sozialen Probleme nicht mehr politisch, sondern mit permanenter Intervention reagieren. Die Europäische Union schickt sich an, eigene, von den USA unabhängige, Interventionskapazitäten aufzubauen. Und die Bundesrepublik Deutschland - mit ihrer gerade vollzogenen und durch den Mazedonien- und Afghanistan-Einsatz gleichsam gekrönten Wende von ehemals einer Tendenz zur Zivillogik hin zur Militärlogik - paßt sich in diese neue sicherheitspolitische Welt hervorragend ein.<sup>1</sup>

In seinem Jahresbericht 2002 beklagt das World-watch Institut:<sup>2</sup> „Ein Fünftel der Erdbevölkerung lebt von einem Dollar oder weniger pro Tag, während die Reichen der Welt unter Überfluß und Fettleibigkeit leiden.“ Nach seiner Auffassung ist die Dringlichkeit dieser Probleme durch die Terroranschläge am 11. September noch gewachsen. Sie stellen eine weniger sichtbare Gefahr dar als der Terrorismus, die aber langfristig größer sei. In vielen Gesellschaften seien grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Nahrung, Wasser, Gesundheitsbetreuung und Bildung nicht erfüllt – so müssen immer noch pro Tag 24.000 Menschen verhungern, beinahe eine Milliarde ist unterernährt. Zusammen mit mangelnder politischer Repräsentation sowie der Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht in wenigen Händen habe dies „in vielen Nationen eine fundamentale Instabilität geschaffen. Diese „hallt rund um die Welt in Massenmigration, illegalen Drogenexporten und , zunehmend, in Terrorismus wider.“<sup>3</sup>

Mit Ausnahme der kleineren Industrieländer Europas leisten weltweit gerade die großen mit ihren aufgeblähten Militäretats noch nicht einmal die Hälfte der vor Jahren vereinbarten Entwicklungshilfe von 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes. Deutschland bildet mit seinem Anteil von nur 0,27% zusammen mit den USA (0,1%) das Schlußlicht der internationalen Skala. Der Spiegel höhnte dazu, dass ausgerechnet die regierende Generation der deutschen „Internationalisten“ der früher viel beschworenen „Einen Welt“ nicht mehr als 5 Mrd. Dollar aus dem Haushalt der drittgrößten Wirtschaftsmacht zugute kommen lassen.<sup>4</sup> Selbst unter dem Druck der bevorstehenden Rio + 10 Konferenz gelang es nur mühsam, eine Zusage der EU für 2006 von durchschnittlich 0,39% zu erreichen. Erwartet wurden schon auf der UNO-

---

<sup>1</sup> Johannes M. Becker, Zentrum für Konfliktforschung, Vortragsreihe »Intelligenter Frieden« Philipps-Universität Marburg 2001/2002

<sup>2</sup> World-watch Institut, „Zur Lage der Welt 2002“ Washington 2002

<sup>3</sup> Frankfurter Rundschau vom 11.1.02

<sup>4</sup> Spiegel Nr. 12, 2002, S. 49: „Rückfall ins Unverbindliche“

Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung im mexikanischen Monterrey (2002) von den betroffenen Ländern höhere und zeitnähere Steigerungsraten. Damit ist nichts zu bemerken von einer Trendwende in der Entwicklungshilfepolitik bei den wirtschaftsmächtigen Industriestaaten. Aber auch in den übrigen Verhandlungen konnten die Entwicklungsländer in Monterrey weder einen besseren Marktzugang erreichen noch einen Zugang zu den globalen Gemeingütern, die zunehmend der internationalen Privatisierungswelle zum Opfer fallen. Stattdessen wird seit den Anschlägen von New York viel über eine höhere Entwicklungshilfe geredet und Interesse geheuchelt - doch es bleibt bei Lippenbekenntnissen.

Im Gegensatz dazu können sich die Profiteure der öffentlichen Armut mehr leisten: Bill Gates, der Microsoft-Chef spendete kürzlich den in der Welt Not leidenden Kindern 24 Mrd. Dollar!

Untrennbar verbunden mit der mangelhaften Entwicklungshilfe ist die gigantische Verschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer. Ohne einen zügigen Schuldenerlaß durch Verzichtleistungen der Industrieländer ist kaum mit einem Einstieg in eine nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern zu rechnen.

Auch ist die Dominanz globaler Institutionen wie des IWF und Weltbank zu brechen, die mit Ihrer Politik schon häufig Entwicklungsländer oder dort noch vorhandene gesunde soziale Strukturen in den Ruin getrieben haben. So förderte die Weltbank in Indonesien, Pakistan und andere Ländern Verträge mit privaten Energieversorgern. Diese Verträge verpflichteten die öffentliche Hand, große Mengen Strom zu sehr hohen Preisen abzunehmen. Der private Sektor strich die Gewinne ein, der Staat trug die Risiken. Für diese Form von privatwirtschaftlichen Aktivitäten machten sich das US-Finanzministerium und die Weltbank stark(16).

### **Unfähigkeit, Ahnungslosigkeit, Hilflosigkeit**

Politik wird heute besonders stark über die bildnerischen Medien wahrgenommen. Deswegen sind die Medien neben der Ökonomie die mächtigste politische Kraft im Land. Ihre Vielfalt – gesteuert durch private Interessen und damit wieder eng verflochten mit der Ökonomie - und ihr freier Markt haben zu dem zu beklagenden Niedergang geführt. Gerade im Fernsehen und Internet werden politische Probleme meist stark verkürzt. Statements von Sekunden- und Minutendauer müssen ausführliche Erklärungen ersetzen. Die Fähigkeit zu plakativen Äußerungen und zu ihrer schauspielerischen Untermalung wird so schon als ein Kennzeichen für gute Politik betrachtet. Nun zählt nicht der wirkliche politische Erfolg sondern

der möglichst sensationelle Verkauf einer politischen Nachricht. Aus früher soliden Informationsangeboten sind mit ganz wenigen Ausnahmen „Infotainment“-Angebote geworden. Der Wettbewerb um die größte Blödelei ist in vollem Gange. Diese immer oberflächlicher werdende Medienlandschaft, gekoppelt mit dem Niedergang von Kultur und Bildung, führt zu immer weiterreichenden Defiziten an Wissen und an Fähigkeiten, mit Informationen umzugehen. Trotz gestiegener Zahlen von Hochschulabgängern und Schulausbildungen wird kein Wert gelegt auf den Sinn für das Ganze, die Fähigkeit zum Überblick. Eine breite Ahnungslosigkeit der meisten Regierten bezüglich des weltweiten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Geschehens ist die Folge.

Dazu zeigen die Beispiele von oben die weitreichende Unfähigkeit bzw. den mangelnden Willen der politischen Klassen, bedeutende und grundsätzliche Probleme in angemessener Zeit zu lösen. Die Lösungsversuche werden von Absurditäten und Halbheiten durchzogen. Meist fehlt der Wille zu grundsätzlichen Änderungen und zur Abwehr der mächtigen Lobby-Interessen. Deren Einwirkungen vor allem aus dem Unternehmerlager sind so übermächtig geworden, dass weltweit kaum von einem sozial ausgewogenen, geschweige denn von einem ökologischen Regierungshandeln gesprochen werden kann.

In diesem Umfeld ist es nicht verwunderlich, wenn sich die herrschenden Politik- und Lebensstile immer weiter von den Grundlagen der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit, der menschlichen Kulturen und der Humanität entfernen. Eine Triebkraft für diese Entfernungsprozesse ist die Gier nach Geld und Macht, von der nicht wenige der politisch und ökonomisch Herrschenden erfaßt sind. Dies ist zwar historisch betrachtet nichts neues. Neu sind allerdings die Größenordnungen sowohl an Geldmengen wie an Machtfülle, um die es geht - und damit auch die durch sie auszulösenden Folgen.

### **Global Governance**

Zur Unterbindung oder Abschwächung der geschilderten Fehlentwicklungen und zur Etablierung einer globalen Nachhaltigkeitspolitik im Sinne des Grundgesetzes der Nachhaltigkeit ( Sondervotum zum Kapitel 2 ) sind neue und erneuerte Institutionen der UNO nötig. Insbesondere die im Grundgesetz der Nachhaltigkeit eingeforderten demokratischen und sozialen Elemente sind in den UNO-Institutionen zu implementieren. Sowohl die Stimmrechte als auch die demokratische Kontrolle von IWF, WTO und Weltbank sind neu zu organisieren bzw. überhaupt erst einzurichten. Diesen Organisationen insgesamt muss die Kritik von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz gelten, der beim IWF die „ideologische Inbrunst“

kritisiert, mit der die „Überlegenheit des Marktes“ dort gepredigt würde und worauf seine Politik gebaut sei. Der IWF trüge damit zur Verschärfung der ökonomischen Probleme bei, wenn er Länder zur Liberalisierung von Märkten und zur Privatisierung von Unternehmen zwingt, die hierzu keine Voraussetzungen besäßen.<sup>1</sup>

Die UNO-Umweltorganisation UNEP ist als gleichberechtigte und gleichdotierte Organisation mit WTO und IWF aufzuwerten. Diese drei Institutionen sollten schließlich von einer neu zu gründenden WSO - World Sustainability Organization - gesteuert werden.

Eine solche Reform der UNO und ihrer Institutionen basiert auf der Annahme ihrer grundsätzlichen Reformfähigkeit und der Reformwilligkeit der Mitgliedsländer. Die Reform muss sich auf Demokratie, Transparenz, Gleichheit und Recht gründen. Zur Sanktionierung von Rechtsverstößen sind Internationale Gerichtshöfe zu installieren. Das System dieser neuen Global Governance muss so gestaltet sein, dass keine Supermacht Dominanz ausüben kann oder durch Verweigerung internationale Prozesse blockieren kann. Die UNO ist so zu demokratisieren, dass die gegenwärtige Vorherrschaft der Siegermächte des zweiten Weltkriegs z.B. im Sicherheitsrat der UNO und der geringe Einfluss der Entwicklungsländer in ihrer Vollversammlung beendet wird. Auch die sich immer mehr abzeichnende hegemoniale Bedeutung von Organisationen wie den G-7/8-Runden, aber auch der NATO, ist abzubauen.

Allerdings muss bei all diesen Bemühungen um Demokratisierung und Reform bedacht werden, dass es nicht nur um die Zähmung einer Diktatur der Ökonomie allein geht, sondern um die Ermöglichung eines neuen Weltprojekts auf der Basis der Nachhaltigkeit, verstanden im Sinne unseres Grundgesetzes der Nachhaltigkeit. Dieses befindet sich im diametralen Gegensatz zur jetzigen Weltordnung des „Empire“,<sup>2</sup> das nach Hardt und Negri „eine einzige

---

<sup>1</sup> Joseph Stiglitz „Die Schatten der Globalisierung“ 2002

<sup>2</sup> M. Hardt, A. Negri „Empire“, 2002

supranationale Gestalt politischer Macht“ besitzt, geschaffen durch die Prozesse der Globalisierung.<sup>1</sup> Die Autoren charakterisieren den jetzigen Weltzustand folgendermaßen: „Firmen- und Konzernaktivitäten sind nicht länger dadurch gekennzeichnet, dass sie ein abstraktes Kommando errichten oder schlichten Raub und ungleichen Tausch organisieren. Sie strukturieren und artikulieren stattdessen unmittelbar Territorien und Bevölkerungen. Sie arbeiten daran, aus Nationalstaaten bloße Instrumente zu machen, die die Waren-, Geld- und Bevölkerungsströme überwachen, die sie selbst in Bewegung gesetzt haben. Transnationale Konzerne verteilen unmittelbar die Arbeitskraft auf verschiedenen Märkten, stellen zielgerichtet Ressourcen bereit und organisieren die Hierarchie diverser Sektoren der weltweiten Produktion. Der komplexe Apparat, der über Investitionen entscheidet und finanzielle bzw. monetäre Manöver lenkt, bestimmt die neue Geographie des Weltmarkts oder vielmehr die neue biopolitische Struktur der Welt.“<sup>2</sup>

Auch Noam Chomsky charakterisiert die Macht von WTO, NATO, Weltbank, IWF, G-7 in ähnlicher Weise: „Grundlegender ließe sich diese Macht als Geflecht von Megakonzerne beschreiben, die miteinander durch vielfache strategische Bündnisse verknüpft sind. Die von ihnen gesteuerte Weltwirtschaft ist de facto eine Art von privatwirtschaftlichem Merkantilismus, der in den meisten Bereichen zur Bildung von Oligopolen neigt und zum Zweck der Sozialisierung von Risiken und Kosten sowie der Unterdrückung widerständiger Elemente staatlichen Schutz beansprucht.“<sup>3</sup>

## **Europäische Union**

In der Europäischen Union sind einige Entwicklungen angestoßen worden, die einer nachhaltigen Entwicklung diametral entgegenwirken. Beispielhaft seien die folgenden skizziert:

Die Bildung der Europäischen Union diene im Wesentlichen dazu, eine ökonomische Großmacht zu schaffen, die vor allem den multinationalen Konzernen ein weites Betätigungsfeld im europäischen Markt bieten sollte. Die daraus folgende „innereuropäische Globalisierung“ führte tatsächlich zu einer Stärkung der Konzerne auf Kosten der

---

<sup>1</sup> Ebenda S. 24

<sup>2</sup> Ebenda S. 46

<sup>3</sup> Noam Chomsky „War against people“, S. 131, 2001



Beschäftigung. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wurde dadurch deutlich erhöht, kleine und mittlere Unternehmen wurden vom Markt verdrängt.

Andererseits würde eine demokratisch verfasste Europäische Union die Chance zur Nutzung politischer Handlungsspielräume bieten. Dabei liegt das Ziel darin, verloren gegangene Handlungsfähigkeit der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und auch Energiepolitik gegen neoliberale Globalisierungsstrategien zurückzugewinnen. Wir halten daher die Verlagerung der Kompetenz für Energiepolitik auf die europäische Ebene nur dann für sinnvoll, wenn sie mit einer Demokratisierung der europäischen Institutionen einhergeht.

Die lange Geschichte der europäischen landwirtschaftlichen Förderung führte zur Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft in kleinen und mittleren Betrieben bei gleichzeitiger Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die Praxis der Subventionierung vor allem großer Betriebe und ohne ausreichende ökologischen Kriterien ist Ursache für Auswüchse einer industriell und intensiv betriebenen Landwirtschaft - von BSE und quälender Tierhaltung bis zum dramatischen Artensterben in den mitteleuropäischen Agrarsteppen.

Auch die Liberalisierung der Energiemärkte war vor allem im Interesse der großen Energiekonzerne. Aus den politisch garantierten Gebietsmonopolen entstehen nun ökonomisch erzwungene. So entstehen oligopolistische Strukturen mit noch größerer Marktmacht. Und wiederum waren es vor allem die tausende wegfallender Arbeitsplätze, die den Energiekonzernen höhere Gewinne bereiteten. Die lauthals angekündigten niedrigeren Energiepreise haben lediglich den Großverbrauchern in Industrie und Gewerbe Einsparungen gebracht.

Auch die Position der EU in den Verhandlungen mit der WTO über das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) wirft Probleme für den Energiebereich auf. Die EU-Kommission will die GATS-Verhandlungen nutzen - ganz im Sinne der Mitgliedsregierungen und der europäischen Unternehmerverbände - um von den WTO-Mitgliedern eine weitreichende Privatisierung der öffentlichen Dienste zu verlangen. Diese Forderungen beziehen sich auf den gesamten öffentlichen Sektor (Energiedienstleistungen, Transporte, Versicherungen, Bauwesen, Forschung und Entwicklung usw.). Jedem Mitgliedsland wird freigestellt, welche Branchen eingebracht werden. Die eingebrachte Branche soll dann den von der EU und auch von den USA angestrebten Deregulierungen ausgesetzt werden. Hintergrund sind die Interessen vor allem europäischer und US-amerikanischer Banken, Versicherer und Versorgungskonzerne, sich

weltweit neue Märkte zu erschließen. ATTAC Deutschland hat darauf hingewiesen, dass in Folge der bisherigen Privatisierungen die Verbraucher weltweit mit massiven Qualitätseinbußen und Preissteigerungen zu kämpfen haben. Hinzugefügt werden muss, dass auch hier die betroffenen Belegschaften mit massivem Arbeitsplatzabbau konfrontiert worden sind.

Es ist anzunehmen, dass die sogenannte Osterweiterung der EU die geschilderten Effekte und weitere ähnliche exportiert. Schließlich soll sich das westliche Zivilisations- und Wirtschaftsmodell nach Osten erweitern. Damit werden, was Arbeitslosigkeit, das Überleben von kleinen und mittleren Betrieben, von bäuerlichen Betrieben, und von noch vorhandenem Schienenverkehr anbelangt, ähnliche Effekte zu erwarten sein wie seinerzeit bei der Angliederung der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik.

Aber auch im Zusammenhang mit der Osterweiterung der EU ist die Chance einer supranationalen Politik der Nachhaltigkeit zu betonen. Die Osterweiterung hat das Potenzial, die Nachkriegsspaltung Europas zu überwinden und der Marginalisierung ganzer Regionen entgegenzusteuern. Dies würde allerdings neue Politikmodelle zur Stützung regional orientierter Politik erfordern.

### **Globale Energie-Projektionen und Fazit**

Die im Kapitel 3.2 des Endberichts referierten Energie-Szenarien bzw. ihre Beschreibung beziehen sich nur auf die Energieträger, ihre Strukturen und die resultierenden Emissionen an Treibhausgasen. Unberücksichtigt geblieben ist eine ganze Palette von Begleitumständen des Energieverbrauchs: Arbeitsplätze, Art und Auswirkungen der künftigen Mobilität, Entwicklung weiterer Nachhaltigkeitsindikatoren wie Flächen- und Natureingriff, Entwicklung von globalen Auseinandersetzungen um Ressourcen, usw.

Das von der Mehrheit vorgelegte Fazit aus diesen Projektionen muss daher folgendermaßen korrigiert und ergänzt werden:

- 1) Ohne eine Global Governance auf der Basis von Gleichheit der Länder, bezogen auf ihre Bevölkerung, werden die schon begonnenen kriegerischen Auseinandersetzungen um Ressourcen von Energieträgern und anderen Rohstoffen nicht beendet. Mit dieser Global Governance muss es ermöglicht werden, die sich abzeichnende monopolare Beherrschung der Welt durch eine Supermacht zu durchbrechen. Allein zur Vermeidung

der Versorgungsunsicherheiten durch Kriege sollte die Weltgemeinschaft sich gezwungen fühlen, auf die regionale und örtliche Versorgung mit erneuerbaren Energien zu setzen.

- 2) Ohne Einsparung von Energie in allen Verwendungssektoren durch technische Maßnahmen **und durch Verhaltensänderungen**, ohne eine breitgefächerte Steigerung der Energieeffizienz auf allen Ebenen der Bereitstellung und Nutzung und ohne auf breiter Front stattfindenden Einsatz erneuerbarer Energieträger wird es nicht gelingen, die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, das keine weiteren, möglicherweise katastrophalen Folgen des Klimawandels nach sich zieht.
- 3) Ohne einen sofortigen weltweiten Verzicht auf Atomenergie ist ein nachhaltiger Entwicklungspfad nicht erreichbar, da mit ihrem weiteren Einsatz erhebliche Sicherheitsrisiken des Normalbetriebs insbesondere durch Freisetzung von Radioaktivität und durch die Lagerung und endgültige Deponierung der hoch- und mittelradioaktiven Abfallstoffe verbunden sind. Zudem ist mit dem Betrieb von Atomanlagen immer das Risiko der unkontrollierten Produktion von Atomwaffen gegeben.
- 4) Ohne den weltweiten Abbau der Arbeitslosigkeit, ohne den Abbau von Armut sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern kann von einer nachhaltigen Entwicklung keinesfalls gesprochen werden.
- 5) Ohne einen Schuldenerlass für die Entwicklungsländer, ohne ausreichende technische und finanzielle Hilfe für sie - auch zum Aufbau eines dem jeweiligen Land angepassten Energieversorgungssystems - sind wesentliche Bedingungen von Nachhaltigkeit nicht erfüllt.
- 6) Die Einstellung des maßlosen Verbrauchs von Naturgütern und von Fläche, die Einstellung der Zerstörung von Biomen und Ökosystemen sowie des Raubbaus in ihnen muss sofort in Angriff genommen werden.
- 7) Schließlich bedarf die maßlose Mobilität im Flug- und Kfz-Verkehr einer deutlichen Korrektur in Richtung vermehrter Nutzung des öffentlichen Verkehrs, vor allem auf der Schiene, und des gesamten Umweltverbands.
- 8) Die grundsätzliche Transformation des ökonomischen Systems weg von gnadenloser Konkurrenz in einem angeblichen freien Markt, die zur Spaltung der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer, in Reich und Arm, in Privilegierte und Nichtprivilegierte führt, ist Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung.